

Das Risiko eines Krieges im Ostchinesischen Meer

Der Streit um die von Japan «Senkaku» und von China «Diaoyu» genannten Inseln verschärft sich zunehmend. Sollte es zu einer Eskalation des Konflikts kommen, stünde Ostasien vor dem Bündnisfall. Washington müsste als Alliierter Tokios intervenieren. Von Martin Wagener

Es ist fraglich, wie stabil – angesichts des Konflikts um die von Japan «Senkaku» und von China «Diaoyu» genannten Inseln – der Status quo im Ostchinesischen Meer noch ist. Dieser beruht seit dem Beginn der siebziger Jahre auf zwei Säulen. China und Japan beharren, erstens, auf ihren Rechtspositionen, die derzeit völlig unvereinbar sind. Zweitens versuchen sie, diese durch unilaterale Massnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung zu festigen. So hat etwa die japanische Regierung im September 2012 drei der umstrittenen Inseln von einem Privatbesitzer gekauft. Peking wiederum rief im November 2013 eine «Luftverteidigungs-Identifikationszone» aus, die auch die umstrittenen Gebiete umfasst.

Gefährliche Katz-und-Maus-Spiele

Kommt es zur Eskalation des Konflikts, führt das im schlimmsten Fall zu militärischen Handlungen zwischen China, Japan und den USA. Denn Washington hat mehrfach betont, dass sich der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag von 1960 auch auf die Senkaku-/Diaoyu-Inseln beziehe. Ende April 2014 hat Barack Obama dies während eines Staatsbesuches in Japan als erster Präsident der USA demonstrativ bestätigt. Möglicherweise wird zudem Taiwan in die Auseinandersetzung hineingezogen, das die Inseln ebenfalls beansprucht.

Die beobachtbare Verschärfung der Lage hat mehrere Gründe. Beide Seiten rüsten auf und investieren in neue Kampfflugzeuge, U-Boote und

sogar Flugzeug- beziehungsweise Helikopterträger. Der chinesische Präsident Xi Jinping und der japanische Ministerpräsident Abe Shinzo folgen an nationalen-Interessen ausgerichteten Handlungsmustern und neigen dazu, den Konflikt innenpolitisch zu instrumentalisieren. Dort erhalten sie bedeutlichen Rückhalt: Im Sommer 2013 ergaben Umfragen in China und Japan, dass über 90 Prozent der Bürger beider Länder negative Gefühle für den Nachbarstaat hegen.

Das grösste Problem ist die zunehmende Zahl von Einheiten der Küstenwachen und von Kriegsschiffen, die in der Nähe der umstrittenen Inseln operieren. Hier kann es schnell zu Unfällen oder Provokationen kommen, die ausser Kontrolle geraten. Auch bei den zahlreichen Versuchen chinesischer und japanischer Kampfflugzeuge, sich gegenseitig aus national beanspruchten Lufträumen abzudrängen, sind Zwischenfälle denkbar. Die Reaktionen in Peking und Tokio belassen es derzeit nicht bei solchen Katz-und-Maus-Spielen. Soldaten in Japan üben regelmässig die Rückeroberung von Inseln im Ostchinesischen Meer, sowohl unabhängig wie auch bilateral mit den Streitkräften der USA (etwa im Juni 2013 in dem Manöver «Dawn-Blitz»). Bemerkenswert ist zudem, dass die Sprache des sicherheitspolitischen Apparates Probleme seit einigen Jahren direkter beim Namen nennt. Im National Defense Program Guidelines vom Dezember 2013 heisst es ganz undiplomatisch, dass «Japan jede Invasion abfangen und niederschlagen werde. (...) Mehr noch, sollten entfernte Inseln besetzt werden, wird Japan sie zurückerobern.»

Peking ist ebenfalls nicht untätig. Kapitän James Faneel, Direktor des Nachrichtendienstes der amerikanischen Pazifikflotte, hat im Februar 2014 behauptet, dass China im Herbst 2013 Manöver durchgeführt habe, in denen die Überwältigung japanischer Streitkräfte im Ostchinesischen Meer geübt worden sei. Die chinesischen Streitkräfte würden auf einen «kurzen, heftigen Krieg» zur Eröberung der Senkaku-/Diaoyu-Inseln vorbereitet.

Eine Konflikteskalation könnte Folge eines Unfalls oder einer Provokation sein – so wie im September 2010. Damals war es zu einem Zusammenstoss eines chinesischen Fischerbootes mit zwei Schiffen der japanischen Küstenwache gekommen, der lediglich diplomatische Dissonanzen auslöste.

Anders würde es in folgendem Szenario aussehen: Ein Schiff der japanischen Küstenwache sieht sich einem gezielten Rammversuch der chinesischen Küstenwache ausgesetzt; ein sich in der Nähe befindendes Kriegsschiff Japans versucht, zu Hilfe zu kommen. Setzt dieses Warnschüsse als abschreckende Massnahme ein, besteht die Gefahr, dass dabei versehentlich das chinesische Schiff getroffen wird. Der chinesische Kapitän könnte darauf seinerseits Unterstützung anfordern und dabei den Beschluss als gezielte Aggression einordnen. Ein Kampfflugzeug Chinas, in dem sich zufällig ein sehr nationalistisch eingestellter Pilot befindet, könnte darauf auf Rache sinnen und das japanische Kriegsschiff versenken.

Nun käme die grösste Herausforderung: Wie wird sichergestellt, dass die Regierungen auf beiden Seiten zuverlässige Informationen erhalten,

um die Lage korrekt als Verkettung ungünstiger Umstände zu interpretieren? Die Gefahr besteht, dass beide den Vorfall mittels negativ aufgeladener Narrative wahrnehmen: Für China ist Japan ein militaristisches Land, das aus dem Pazifikkrieg nichts gelernt hat. Für Japan ist China eine aufstrebende Macht, die nach militärischer Hegemonie in Ostasien strebt. Peking und Tokio könnten daher vorschnell handeln, gerade weil ein kleines Scharmützel gut in die jeweilige Weltsicht passt.

Deeskalierende Rolle Amerikas

Die USA müssen daher für Besonnenheit auf beiden Seiten sorgen. Dazu können sie genügend ökonomisches und militärisches Gewicht in die Waagschale werfen, um nicht nur China, sondern auch Japan zu zügeln. Droht eine Eskalation, sollte sich Washington eines historischen Vorbildes erinnern. Auf dem Höhepunkt der Krise in der Taiwanstrasse von 1995/96 hatte die Entsendung von zwei amerikanischen Flugzeugträgergruppen in das Konfliktgebiet für eine schnelle Beruhigung der Lage gesorgt. Gerade im Zeichen amerikanischer Zurückhaltung in der Krim-Krise könnte es in Ostasien bald erforderlich sein, dass der Hegemon sichtbar seinen militärischen Muskel anspannt, um den Status quo zu wahren.

Martin Wagener ist Professor für Politikwissenschaft / Internationale Politik an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl/Haar.